

Pressemitteilung

Landesvertretung
Rheinland-Pfalz

Presse: Dr. Tanja Börner
Verband der Ersatzkassen e. V.
Wilhelm-Theodor-Römheld-Str. 22
55130 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 9 82 55 – 13
Fax: 0 61 31 / 83 20 15
tanja.boerner@vdek.com
www.vdek.com

7. April 2011

Gesundheitliche Versorgung in Rheinland-Pfalz auch für die Zukunft sichern Umsteuern statt noch mehr Geld

Zum gestern erzielten Kompromiss zwischen Bund und Ländern anlässlich der Sonder-Gesundheitsministerkonferenz für das geplante Versorgungsgesetz erklärt Martin Schneider, Leiter der vdek-Landesvertretung Rheinland-Pfalz: „Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Bund und Länder Rahmenbedingungen schaffen wollen, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Deutschland auch zukünftig sicherzustellen. Nun ist es an der Zeit, endlich wieder mehr die Versorgung der Patienten in den Mittelpunkt zu stellen als die Honorierung der Ärzte.“

Für nachhaltig wirksame Maßnahmen sei es entscheidend, die Zahlen und Fakten wieder in das Zentrum der Diskussion zu rücken. „Mit der Mär vom flächendeckend drohenden Ärztemangel muss endlich Schluss sein“, so Schneider. „Fakt ist, dass wir nach den heutigen Zulassungskriterien bundesweit nur in einigen wenigen Regionen 800 Ärzte zu wenig haben, in den übrigen aber 25.000 Ärzte zu viel.“ Auch in Rheinland-Pfalz herrsche in allen Planungsbereichen mindestens eine Regel-, häufig sogar eine Überversorgung vor. Dies gelte umso mehr, als dass im Land gleichzeitig auch ein Überangebot an stationären Leistungen zu verzeichnen sei. Befürchtungen, durch eine älter werdende Ärzteschaft drohe ein Nachwuchsproblem, hält Schneider entgegen, dass der jährliche Neuzugang von bundesweit etwa 5.000 Ärzten derzeit weiterhin sehr stabil sei. Auch das Bundesgesundheitsministerium spreche inzwischen nicht mehr von einem Ärztemangel, sondern von einem Verteilungsproblem in der Versorgung.

Schneider: „Selbstverständlich müssen wir eine Unterversorgung in ländlichen Gebieten auch in Zukunft verhindern. Dazu gilt es, die Versorgung umzusteuern, das heißt Überkapazitäten abzubauen und die Ressourcen dorthin zu lenken, wo Unterversorgung droht.“ Dies könne und müsse aber zwingend kostenneutral geschehen, drohende neue Belastungen für die Beitragszahler seien nicht akzeptabel. Schließlich seien nach den Zahlen der Ersatzkassen die Honorare der rheinland-pfälzischen Ärzte alleine in den letzten drei Jahren um insgesamt 15 Prozent gestiegen. „Was wir jetzt brauchen, ist nicht noch mehr Geld, sondern eine bessere Verteilung“, fasst Schneider zusammen.